



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 28.11.2025 bis 05.12.2025

Arbeitskreis für Religionsfreiheit – Menschenrechte – verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Belarus: Wird die Regierung eine Rückkehr der freigelassenen Priester in ihre Pfarren erlauben?	3
Deutschland: EKD fordert zügige Aufnahme afghanischer Ortskräfte	4
Deutschland: Friedensmesse mit islamischem Gebetsruf in der Kirche?	5
Deutschland: In zwei Jahren 20 Anschläge auf freikirchliches Café	6
Deutschland: Linksradikale verüben Anschlag auf Freie evangelische Gemeinde	7
Deutschland: Zahl assistierter Suizide steigt deutlich	8
Guinea-Bissau: Staatsstreich-Präsident Embalo im Exil im Senegal	9
Indien: Berufungsantrag eines christlichen Offiziers abgelehnt	10
Indien: Erlebnisse einer Christin im Gefängnis	11
Iran: Haftstrafe wegen „Verstößen gegen die nationale Sicherheit“	14
Litauen: Bischof: Gott ist in schwachen Kirchen besonders mächtig	15
Mosambik: 22 Christen getötet	16
Myanmar: Nationale Menschenrechtskommission begrüßt Freilassung politischer Gefangener	17
Nigeria: Erzbischof von Sokoto	18
Nigeria: Im Zeichen der missionarischen Verbundenheit	19
Nigeria: Priester im Bundesstaat Kaduna entführt	20
Nigeria: „In Nigeria findet ein Völkermord an Christen statt“	21
Nordkorea: Missionar seit mehr als einem Jahrzehnt hinter Gittern	22
Pakistan: Neues Gesetz - Kinderheirat ist in Belutschistan künftig illegal	23
Slowakei: Eine Bibel. Ein Wunder. 36 Taufen	24
Sudan: Vandalismus an Kirche	25
Südkorea: Regierung sucht den Dialog mit dem Norden	26
Südsudan: Bischof Tombura Yambio zur Adventszeit	27
Südsudan: "Ein Land kann keine neuen Wege auf alten Wunden bauen"	28
Thailand: Berufungsgericht bestätigt Auslieferung von Flüchtling an Vietnam	29
Türkei: Verpasste Chance - Kritik am Papstbesuch	31
Uganda: Mit dem Tod bedroht	32
Westafrika: Gläubige an Jihadisten verraten	34

Belarus: Wird die Regierung eine Rückkehr der freigelassenen Priester in ihre Pfarren erlauben?

AKREF-A/29.11.25 – Der autoritäre Staatschef von Belarus Aleksandr Lukaschenko hat zwei inhaftierte katholische Priester, Henryk Okolotowitsch und Andrei Juchniewitsch überraschend begnadigt. Die beiden in nicht öffentlichen Verhandlungen zu langen Haftstrafen verurteilten Geistlichen wurden am Morgen des 20. November freigelassen und in die Nuntiatur in der Hauptstadt Minsk gebracht. Von dort wurden sie am selben Tag zum Flughafen gebracht und sie befinden sich derzeit in Rom. Die staatliche Nachrichtenagentur Belta behauptete, dass die beiden Priester „schwere Verbrechen gegen den Staat“ begangen hätten. Beide wiesen alle gegen sie erhobenen Anschuldigungen zurück.

„Beide Priester bekannten sich der Verbrechen laut Anklage „nicht schuldig“, stellte die unabhängige katholische Medienplattform Katolik.net fest. „Die Gläubigen betrachteten die Urteile auch als ungerecht und beteten für die baldige Freilassung der Gefangenen.“

Henryk Okolotowitsch wurde im November 2023 festgenommen und im Dezember 2024 aufgrund einer Anklage wegen Verrats zu 11 Jahren Haft verurteilt. Andrei Juchniewitsch wurde im Mai 2024 festgenommen und im April 2025 aufgrund des Vorwurfs des sexuellen Missbrauchs eines Minderjährigen oder Minderjähriger zu 13 Jahren Haft verurteilt. Seine Unterstützer gehen von einer falschen Anklage aus. Katolik.life berichtete, dass die Diözese Witebsk keinerlei Beschwerden über ein Fehlverhalten von Andrei Juchniewitsch erhalten hatte. Im August 2025 wurden alle Auftritte von Katolik.life in den sozialen Medien aufgrund einer Entscheidung des Bezirksgerichts des Bezirks Lenin von Grodno auf die Liste extremistischer Materialien gesetzt. Der Telegram Kanal von Katolik.life ist bereits seit September 2024 aufgrund einer Entscheidung eines Gerichts in der Region Minsk von Belarus aus nicht mehr zugänglich.

Der Sprecher der katholischen Kirche Juri Jasewitsch wies gegenüber Radio Free Europe darauf hin, dass die Formulierung der staatlichen Nachrichtenagentur „Belta“, die beiden Priester hätten schwere Verbrechen gegen den Staat begangen, indirekt bestätigten, dass die Anklage wegen sexuellen Missbrauchs fingiert war. Am 24. November erklärte Jasewitsch gegenüber Forum 18, dass er keine Kenntnis von der Kirche vorliegenden Informationen über Missbrauchsvorwürfe gegen Pater Juchniewitsch hätte.

Der Leiter des Dikasteriums für die orientalischen Kirchen, Kardinal Claudio Gugerotti, erwähnte in einem Interview mit Radio Vatikan, dass er bei seinem Treffen mit Alexandr Lukaschenko in Minsk am 27. Oktober das Problem der beiden inhaftierten Priester angesprochen hatte. Kardinal Gugerotti erwähnte auch, dass er mit Lukaschenko über die aufgrund ihrer Ziegelbauweise als Rote Kirche bekannte katholische Kirche St. Simon und Helena im Zentrum von Minsk gesprochen hatte. Diese Kirche wurde nach einem kleineren Brand in einem Nebenraum im September 2022 von den Behörden geschlossen.

Es ist weiterhin unklar, ob die Regierung Henryk Okolotowitsch und Andrei Juchniewitsch gestatten wird, nach Belarus zurückzukehren und den Dienst in ihren Pfarren wieder aufzunehmen.

Präsident Lukaschenko hat in den letzten Monaten mehrere Gefangene, darunter auch politische Gefangene, begnadigt. Fast alle von ihnen – einschließlich belarussischer Staatsangehöriger – wurden aus Belarus abgeschoben. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Viasna (Frühling) vom 24. November gibt es in Belarus 1.247 politische Gefangene.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 28. November 2025)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der EAÖ

Eine offizielle Meldung der katholischen Kirche finden Sie unter

<https://weltkirche.katholisch.de/artikel/65853-belarussischer-machthaber-begnadigt-zwei-katholische-geistliche>

Deutschland: EKD fordert zügige Aufnahme afghanischer Ortskräfte

Sie stellt 100.000 Euro aus Kollekten für Klageverfahren und humanitäre Hilfe bereit

Hannover/Berlin (IDEA) – Der EKD-Flüchtlingsbeauftragte, Bischof Christian Stäblein (Berlin), hat die zügige Aufnahme von rund 2.000 Afghanen mit Einreisezusage nach Deutschland gefordert. Nach Angaben der EKD warten die Betroffenen, die für deutsche Organisationen oder die Bundeswehr in Afghanistan tätig waren, weiterhin vergeblich auf ihre Einreise. Die EKD stellt für Klageverfahren und humanitäre Hilfe 100.000 Euro aus Kollekten zur Verfügung, wie aus einer Pressemitteilung der EKD hervorgeht. Damit sollen Klagen gegen die Bundesregierung und die humanitäre Versorgung der Menschen finanziert werden. Derzeit sei der einzige Weg nach Deutschland ein aufwendiges Verfahren vor deutschen Verwaltungsgerichten. Bisher hätten knapp 200 Menschen auf diesem Weg nach Deutschland einreisen können. Wie ein Sprecher der EKD auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA erläuterte, sei diese Kollekte im Jahr 2024 EKD-weit unter dem Titel „Frieden suchen – Schutz bieten“ mit einem klar definierten Zweck gesammelt worden: „Unterstützung ziviler Konfliktbearbeitung sowie lebensrettender Nothilfe für Geflüchtete, inklusive Rechtsbeistand und Beratung.“ Es entspreche daher genau diesem Kollektenzweck, wenn nun unter anderen Afghanen mit Aufnahmezusage damit unterstützt würden.

„Die Verantwortung Deutschlands endet nicht mit dem Truppenabzug“

Stäblein betonte nach einem Treffen mit Vertretern der Organisation „Kabul Luftbrücke“ in Berlin, dass Deutschlands Verantwortung nicht mit dem Truppenabzug ende, sondern „aus friedensethischer Sicht auch das gerechte Handeln im Nachhinein“ umfasse. Die betroffenen Afghanen hätten „für unsere Werte und Interessen, nicht zuletzt für Freiheit und die gleiche Würde aller, ihr Leben riskiert und ebenso das ihrer Familien“. Die Bundesrepublik habe ihnen Schutz zugesichert – diese Zusage aber bislang nicht umgesetzt. Pakistan fordert die Bundesregierung zur Aufnahme der Afghanen auf und hat bereits mit Abschiebungen in das Nachbarland begonnen. Den Abgeschobenen drohen laut EKD Haft, Folter oder die Todesstrafe durch die Taliban. Besonders betroffen seien Frauen und Kinder, die mehr als 60 Prozent der Betroffenen ausmachten und deren Gefährdung durch deutsche Behörden festgestellt worden sei.

Kritik an Abfindungsangeboten der Bundesregierung

Der Bischof kritisierte außerdem den Versuch von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU), Betroffene mit Geldzahlungen dazu zu bewegen, auf ihre Aufnahmezusage zu verzichten: „Wer die Menschenwürde ernst nimmt, kann doch nicht ernsthaft verlangen, dass gefährdete Menschen ihre Sicherheit, ja ihr Leben gegen Geld eintauschen. Solche Angebote sind untragbar für die Betroffenen – und sie beschädigen unsere eigene Würde.“ Nach Angaben der EKD halten sich derzeit rund 2.000 afghanische Staatsangehörige mit Aufnahmezusage aus verschiedenen deutschen Programmen in Pakistan auf. Hinzu kommen etwa 220 Menschen, die seit August 2025 nach Afghanistan abgeschoben wurden und dort in einem Safe-House auf die Fortsetzung ihrer Verfahren warten. Die Synode der EKD hatte bereits im November die Bundesregierung aufgefordert, die Einreise der Betroffenen zügig zu ermöglichen.

Deutschland: Friedensmesse mit islamischem Gebetsruf in der Kirche?

In der Schorndorfer Stadtkirche ist im Rahmen der Friedensmesse von Karl Jenkins der muslimische Gebetsruf erklingen. Das hat große Debatten hervorgerufen. Eine Einordnung von Pfarrer Friedmann Eißler

(IDEA) Es war nicht das erste Mal. Die Friedensmesse von Karl Jenkins („The Armed Man: A Mass for Peace“) wird seit vielen Jahren landauf, landab dargeboten. Die Aufführung in Schorndorf (bei Stuttgart) ragte nur heraus, weil die Social-Media-Empörung unerreichte Dimensionen annahm.

Das interkulturelle musikalische Kunstwerk, das sich an der christlichen Messe orientiert und neben jüdischen und christlichen auch hinduistische und säkulare Elemente enthält, lässt im zweiten Satz den islamischen Gebetsruf erklingen. Besonders mit diesem löst es unterschiedliche Reaktionen aus, auch extreme.

Nicht wenige nutzen den Anlass – oft in völliger Unkenntnis des Stücks –, um empört die Islamisierung des Abendlands zu beklagen, andere feiern, dass der Gebetsruf nun auch in einer Kirche erklingen ist. Wieder andere sind einfach angetan vom Anliegen der Friedensbotschaft und ärgern sich, dass man sich so darüber ärgern kann.

Kirchengemeinden entscheiden eigenständig

Was ist das Problem? Die künstlerische Darbietung hat Konzertcharakter, es handelt sich nicht um eine interreligiöse Feier. Kirchengemeinden entscheiden eigenständig darüber, ob sie ihre Kirchenräume zur Verfügung stellen. Das Friedensanliegen wird auch niemand infrage stellen. So weit, so gut.

Zu beurteilen ist, ob und inwiefern der islamische Gebetsruf als Teil der Friedensbotschaft im Rahmen der Messe oder (zumindest auch) in seinem eigenen Charakter wahrgenommen wird.

Die rituelle Aufforderung zum muslimischen Gebet ruft fünfmal am Tag von Sonnenaufgang bis in die Nacht den Kern und den Anspruch des islamischen Glaubens in Gestalt des Glaubensbekenntnisses auf Arabisch über das Wohngebiet aus und ruft damit zum islamischen Pflichtgebet auf. Eine Friedensbotschaft enthält der Ruf nicht, er ist in der Regel auch nicht als solche verstanden worden.

Wie orientalische Christen den Ruf empfinden

Von orientalischen Christen kann man hören, dass der Gebetsruf nicht selten als Abgrenzungs- und Druckmittel empfunden wird. Manche sind aus den dominant islamischen Regionen zu uns gekommen und erleben es als Teil der Freiheit, den Adhan nicht mehr zu hören (hören zu müssen). Insofern geht es inhaltlich nicht zuletzt um einen Deutungsanspruch. So gesehen kann der Gebetsruf nicht in einer Kirche vor Kreuz und Altar rezitiert werden.

Was zu kurz greift

Von daher macht man es sich deutlich zu einfach und lenkt von der notwendigen Einordnung und Beurteilung ab, wenn der Protest kurzerhand als aus der „rechten Ecke“ kommend, also wohl irgendwie borniert und rückwärtsgewandt, abgetan wird. Auch wenn die Empörungsmaschinerie den absichtlich aus dem Zusammenhang gerissenen Moment fraglos unverantwortlich skandalisiert und emotionalisiert. Aber eben das muss in Zeiten von Instagram, Tiktok & Co. doch auch eingepreist werden. Mögliche Auswirkungen einer Aufführung sind unter Umständen schwer einzufangen.

In der Sache greifen in der Tat viele Ebenen und Themen ineinander. Am Ende muss man fragen: Wird der erwünschte Effekt überhaupt erzielt – und wenn ja, für wen und zu welchem Preis? Zum Frieden hat die Friedensmesse jedenfalls über die Jahre nicht beigetragen. Die Irritationen sind anschließend meist größer als die Impulse, freundlich aufeinander zuzugehen und Brücken zwischen den Religionen zu bauen. Das ist nicht erst in Schorndorf so.

(Der Autor, Pfarrer Friedmann Eißler (Stuttgart), ist Islambeauftragter der Evangelischen Landeskirchen in Württemberg und Baden.)

Deutschland: In zwei Jahren 20 Anschläge auf freikirchliches Café

Das „Stay“-Café der „Zeal Church“ wird immer wieder Ziel von Vandalismus

(IDEA) Leipzig - Das „Stay“-Café der freikirchlichen Gemeinde „Zeal Church“ in Leipzig-Reunitz ist immer wieder das Ziel von Anfeindungen und Gewalt durch mutmaßlich linksradikale Kreise. Wie der Leitende Pastor der Gemeinde, René Wagner, der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA auf Anfrage mitteilte, hat es seit der Eröffnung des Cafés vor gut zwei Jahren 20 Anschläge auf das Lokal gegeben.

In zwei Fällen seien anonyme Bekennerschreiben auf der linksextremen Internetseite indymedia.org erschienen. Die Täter hätten wiederholt Farbensprüche verübt und Fenster eingeworfen. Besonders schwerwiegend sei ein Anschlag mit Buttersäure im März gewesen. Daraufhin habe das Café zwei Wochen schließen müssen, was zu massiven Einnahmeausfällen geführt habe.

Zuletzt demonstrierten am Abend des 25. November Dutzende Personen gegen das Café. Eine Rednerin warf der Zeal Church vor, „streng konservative Werte“ zu verbreiten, homosexuellen Paaren die Trauung zu verweigern und die monogame Ehe für die einzig richtige Beziehungsform zu halten. Die Zeal Church pflege ferner enge Verbindungen zur „christlich-fundamentalistischen“ International Christian Fellowship (ICF), die unter anderem Homosexualität als Störung darstelle. Wie die Rednerin weiter sagte, vertrete die Zeal Church „queerfeindliche, antifeministische und neokolonialistische Positionen“.

Anlass für die Demo war der „Internationale Tag gegen patriarchale Gewalt“ am 26. November. Die Demonstranten skandierten wiederholt „Kein Gott, kein Staat, kein Patriarchat“.

Pastor: Wir bleiben standhaft

Pastor Wagner zufolge wurden bei der Demonstration zum Teil falsche Behauptungen geäußert, etwa dass die Gemeinde neokolonialistisch und anti-emanzipatorisch sei. Man werde sich durch solche Aktionen und die Anschläge nicht einschüchtern lassen: „Sie motivieren uns eher dazu, standhaft zu bleiben.“ Es kämen viele Gäste, „die uns ihre Solidarität ausdrücken“.

Die 2014 gegründete Zeal Church (Zeal heißt übersetzt Eifer) beschreibt ihr Anliegen so: „Unser Herz schlägt für eine Kirche, die Hoffnung bringt, die Licht in Dunkelheit trägt und die die eifernde Liebe Gottes in jede Ecke unserer Region ausstrahlt. Für Menschen, die auf der Suche sind, die Frieden und eine tiefere Freude brauchen – für sie soll Zeal Church ein Ort des Ankommens sein.“

Deutschland: Linksradikale verüben Anschlag auf Freie evangelische Gemeinde

Kassel: Grund ist der Einsatz für das Lebensrecht ungeborener Kinder

Kassel (IDEA) – Linksradikale haben einen Anschlag auf das Gebäude der Freien evangelischen Gemeinde (FeG) Kassel-Ost verübt. Das teilte der Pastor der Gemeinde, Christoph Staub, der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA mit. Die Täter schlugen mehrere Scheiben ein und sprühten den Schriftzug „218 abtreiben“ an die Wand des Gebäudes. In einem anonymen Bekennerschreiben auf der linksextremen Internetseite indymedia.org nannten sie den Einsatz der Gemeinde für das Lebensrecht ungeborener Kinder als Grund für den Anschlag. So hatte die FeG das Gemeindezentrum unter anderem für Veranstaltungen des Vereins „Treffen Christlicher Lebensrechts-Gruppen“ (TCLG) zur Verfügung gestellt. Das Gebäude war deswegen bereits in der Vergangenheit [Ziel von Farbanschlägen und Blockadeaktionen](#) geworden. Der neuerliche Anschlag solle „diesen antifeministischen Akteuren einen Teil ihrer Arbeitsgrundlage nehmen“, hieß es in dem Bekennerschreiben. Der jetzt entstandene Schaden könne noch nicht beziffert werden, sagte Staub. Fest stehe aber, dass er von der Gebäudeversicherung nicht bezahlt werde. Die Kosten müssten daher von der Freikirche selbst getragen werden und stellten in diesem Jahr eine zusätzliche Belastung dar. Die Gemeinde wolle sich aber nicht entmutigen lassen und sich auch künftig aus ihrer christlichen Überzeugung heraus für den Schutz des ungeborenen Lebens einsetzen.

Deutschland: Zahl assistierter Suizide steigt deutlich

Mehr als jeder zehnte Suizid erfolgt mit Assistenz

Kassel (IDEA) – Die Zahl der Selbsttötungen in Deutschland ist 2024 zum vierten Mal in Folge gestiegen. Insgesamt nahmen sich 10.372 Menschen das Leben – 68 mehr als im Jahr zuvor. Besonders auffällig ist der wachsende Anteil assistierter Suizide: Fachleute gehen davon aus, dass mittlerweile mehr als jeder zehnte Suizid in Deutschland mit Assistenz erfolgt. Das geht aus einer aktuellen Übersicht des Nationalen Suizidpräventionsprogramms (NaSPro) und der Deutschen Akademie für Suizidprävention (DASP) hervor.

Mehr Suizide durch Medikamente

Nach Jahrzehnten rückläufiger Zahlen steigt die Suizidrate seit 2021 wieder kontinuierlich an. 2024 lag sie bei 12,4 Suiziden pro 100.000 Einwohner (2023: 12,2). Besonders häufig betroffen sind Männer (71,5 Prozent) sowie Menschen über 50 Jahren (73,8 Prozent). Sterbehilfeorganisationen meldeten 997 assistierte Suizide im Jahr 2024 – ein Zuwachs von 287 Prozent gegenüber 2021 (340 Fälle). Assistierte Suizide werden allerdings in der Todesursachenstatistik des Statistischen Bundesamtes weiterhin nicht gesondert ausgewiesen. Deutlich zugenommen hat auch die Zahl der Suizide durch Medikamente: Sie hat sich seit 2020 fast verdoppelt und liegt aktuell bei 2.002 Fällen. Die Experten für Suizidprävention gehen davon aus, dass darunter viele assistierte Suizide sind, da hierbei oft Medikamente eingesetzt werden. Insgesamt sind Erhängen (4.037 Fälle) und Medikamentenvergiftungen die häufigsten Methoden.

Zunahme hat vielfältige Ursachen

Die Gründe für den erneuten Anstieg seien vielfältig, so NaSPro und DASP: Veränderungen im Gesundheitswesen, demografische Entwicklungen sowie gesellschaftliche Belastungsfaktoren spielten eine Rolle. Die Organisationen fordern daher eine bundesweit abgestimmte, langfristig angelegte und gesetzlich abgesicherte Präventionsstrategie. Ziel müsse sein, dass Hilfe und Beratung leichter zugänglich sind als Angebote zur Suizidassistenz.

Guinea-Bissau: Staatsstreich-Präsident Embalo im Exil im Senegal

Bissau (Fides) – Der Präsident von Guinea-Bissau, Umaro Sissoco Embalo, der am 26. November durch einen Militärputsch gestürzt worden war ([akref-nachrichten/2025/](https://www.akref-nachrichten.de/2025/11/26/guinea-bissau-staatsstreich-praesident-embalo-im-exil-im-senegal/)) hat im Senegal Zuflucht gefunden.

Die selbsternannte Militärjunta „Oberstes Militärkommando zur Wiederherstellung der Ordnung“ hat General Horta N'Tam, Stabschef der Armee, zum Präsidenten der Übergangsregierung ernannt, die ein Jahr lang im Amt bleiben soll.

„Das Land befindet sich in einer politisch schwierigen und heiklen Phase. Die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, sind immens und dringend. Wir müssen entschlossen gegen die Drogenhandelsnetzwerke vorgehen, die den Staat, die Politik und die Gesellschaft korrumpieren“, erklärte General N'Tam in seiner Antrittsrede.

Als Reaktion auf den Staatsstreich hat die Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS) Guinea-Bissau aus ihren Entscheidungsgremien ausgeschlossen. Die Maßnahme wurde auf einem virtuellen Krisengipfel beschlossen, auf dem die Staatshäupter der ECOWAS-Mitgliedsländer den Staatsstreich verurteilten und darauf bestanden, dass die Nationale Wahlkommission die Ergebnisse der Wahlen vom 23. November bekannt geben darf, und jede Vereinbarung ablehnten, die „die illegale Unterbrechung des demokratischen Prozesses aufrechterhält“.

Der Staatsstreich erfolgte unmittelbar vor der Bekanntgabe des Ergebnisses der Präsidentschaftswahlen, bei denen laut Beobachtern Präsident Embalo als Verlierer hervorgegangen wäre. Daher wurde zunächst angenommen, dass der Staatsstreich eine Initiative des scheidenden Präsidenten war, um an der Macht zu bleiben, eine Hypothese, die mit dem erzwungenen Exil von Embalo an Glaubwürdigkeit zu verlieren scheint.

Der Oppositionskandidat Fernando Dias da Costa erklärte, er befinde sich an einem sicheren Ort. Domingos Simões Pereira, Vorsitzender der „Partido Africano da Independência da Guiné e Cabo Verde“ (PAIGC), wurde hingegen von den Putschisten festgenommen und wird auf einem Luftwaffenstützpunkt festgehalten.

(L.M.) (Fides 28/11/2025)

Indien: Berufungsantrag eines christlichen Offiziers abgelehnt

“Gewissensfreiheit mit Füßen getreten“

Neu-Delhi (Fides) – Der Oberste Gerichtshof Indiens hat die Berufung eines christlichen Armeeeoffiziers zurückgewiesen, der gegen seine Entlassung aus den Streitkräften geklagt hatte. Die Entlassung war verfügt worden, nachdem der Mann sich geweigert hatte, an den religiösen Aktivitäten seines Regiments in einem Sikh-Tempel teilzunehmen. Der Oberste Gerichtshof schloss sich der Entscheidung des Obersten Gerichts von Delhi an, das die Maßnahme der Armee bestätigt und das Verhalten des protestantischen Offiziers Samuel Kamalesan als „unvereinbar mit der militärischen Disziplin“ bezeichnet hatte.

Der Mann wurde wegen einer einzigen Weigerung aus dem Dienst entlassen, den heiligsten Ort eines Sikh-Tempels zu betreten, da dies seinem christlichen Glauben widerspreche. Kamalesan behauptete, dass er dennoch respektvoll an allen anderen Veranstaltungen teilgenommen und die multireligiösen Räume des Regiments besucht habe. Der Mann hatte sich jedoch geweigert, seine Soldaten, die alle der Sikh-Religion angehören, an einen Ort zu begleiten, den sie als heilig betrachten.

Der Anwalt des Mannes erklärte, „dass das Grundrecht des Berufungsklägers auf Ausübung einer Religion gemäß Artikel 25 der Verfassung nicht allein aufgrund des Tragens einer Uniform aufgehoben werden kann“. Nach Ansicht des Gerichts wird dieses Recht jedoch nicht verletzt, wenn man ein Gotteshaus einer anderen Religion betritt, und es betonte, dass der Offizier auch den Rat eines örtlichen christlichen Pastors ignoriert hatte, der ihm versichert hatte, dass er das Gotteshaus betreten dürfe.

Kamalesan erklärte, er habe die Truppen immer zu religiösen Paraden begleitet, sich jedoch aus „religiösen Gewissensgründen“ davon ferngehalten, das Sikh-Heiligtum zu betreten, wenn dort Gottesdienste und besondere Feierlichkeiten oder Gebete stattfanden.

Daraufhin folgte die Entlassung aus der Armee „wegen schwerwiegender Disziplinverstöße“, die vom Obersten Gerichtshof in Delhi und nun auch vom Obersten Gericht bestätigt wurde. „Dies ist ein schwerwiegender Akt, der die in der Verfassung verankerte Gewissens- und Religionsfreiheit mit Füßen tritt“, kommentiert der indische katholische Journalist und Schriftsteller John Dayal gegenüber Fides. „Die Vermeidung eines religiösen Ritus oder einer religiösen Geste aus Gewissensgründen ist eine Tatsache, die gesetzlich geschützt ist und den intimen Bereich des Menschen betrifft. Kein Bürger sollte aus diesem Grund zu etwas gezwungen oder bestraft werden“, bemerkt Dayal.

(PA) (Fides 29/11/2025)

Indien: Erlebnisse einer Christin im Gefängnis

Eine christliche Frau in Indien, die aufgrund falscher Anschuldigungen wegen betrügerischer Bekehrung 86 Tage lang inhaftiert war, wurde im Oktober mit Krebs diagnostiziert.

Die 45-jährige Sheela Devi aus dem Dorf Dubey ka Purva im Bundesstaat Uttar Pradesh wurde am 14. Oktober gegen Kaution freigelassen und befindet sich seit dem 20. Oktober im Kachhwa Christian Hospital.

Nach mehreren Untersuchungen bestätigten die Ärzte am 21. November Gebärmutterkrebs, und sie unterzog sich am Mittwoch (26. November) einer Hysterektomie, sagte ein Mitarbeiter der Evangelical Fellowship of India (EFI), die zusammen mit anderen Partnern seit ihrer Freilassung gegen Kaution für alle ihre persönlichen und medizinischen Kosten aufkommt.

Die Mutter von drei erwachsenen Söhnen und einer Tochter leitete zwei Jahre lang eine Hausgemeinschaft, an der 30 bis 35 Menschen aus ihrem Dorf und der Umgebung teilnahmen. Die Brahmanen in ihrem Dorf hatten Einwände gegen die Gemeinschaft erhoben und sie einmal bei der Polizei angezeigt, die ihr eine Verwarnung erteilte.

Devi sagte, sie könne die Zusammenkünfte nicht einstellen, da den Teilnehmern sonst die geistige Nahrung entzogen würde.

„Ich sagte dem Herrn: Wenn ich diese Gemeinde auflöse, werden diese Menschen sich hier und dort zerstreuen, einsamer werden und in ihrer Krankheit leben“, erzählte Devi Morning Star News. „Wenn sie in die Kirche kommen, finden sie Frieden und Heilung.“

Devi führte die Gemeinde weiter. Während des Sonntagsgottesdienstes am 20. Juli drang eine große Gruppe von Polizisten in ihr Haus ein, wo sich die Gemeinde traf. Weibliche Polizisten gingen voran, gefolgt von männlichen Polizisten, sagte Devi. Sie befragten Devi, warum die Versammlungen stattfanden, und behaupteten, sie würde Menschen in betrügerischer Absicht bekehren.

„Sie beschlagnahmten alle Bibeln, das Kreuz, die Gesangbücher, ein Poster mit den 10 Geboten, das an meiner Wand hing, und den Verstärker“, sagte Devi, die Analphabetin ist. „Sie nahmen mir mein Handy weg, das meine einzige Quelle war, um Gottes Wort [über eine Bibel-App] zu hören.“

Sie setzten sie in ein Polizeifahrzeug und nahmen auch sieben Männer aus ihrer Gemeinde fest. Sechs von ihnen waren zum ersten Mal in der Gemeinde, darunter Ram Chandra Verma, 71. Verma, der aufgrund einer langwierigen Krankheit fast bettlägerig war, kam in die Gemeinde, um um Heilungsgebete zu bitten. Seine Frau Rajpati, die einzige Christin in ihrem Haushalt, besuchte die Gemeinde seit 18 Monaten.

„Mein Mann hatte zum ersten Mal in seinem Leben eine Kirche betreten“, erzählte sie Morning Star News. „Er wurde von der Polizei willkürlich aus der Gemeinde herausgegriffen.“

Gegen Devi, Ram Chandra Verma, Rajendra Verma, Ram Saroj, Ashok Saroj, Kaltu Saroj, Mukesh Saroj, Sunil Saroj und nicht identifizierte Personen wurde ein Verfahren wegen „gemeinsamer Absicht“ gemäß dem Anti-Konversionsgesetz von Uttar Pradesh gegen gewaltsame/betrügerische Konversion und gemäß dem Bharatiya Nyaya Sanhita (BNS) 2023 eingeleitet.

Sie wurden noch am selben Tag um 16 Uhr dem Richter vorgeführt und in das Gefängnis von Pratapgarh gebracht.

Devi wurde in die Frauenbaracke gebracht, in der 55 weibliche Gefangene untergebracht waren. Zunächst wurde sie mit Verachtung, Misshandlung und Diskriminierung konfrontiert.

„Ein Mörder wurde besser behandelt als ich. Sie nannten mich ‚die Bekehrte‘“, sagte Devi.

Die Gefangenen wurden jeden Samstag dem Gefängniswärter vorgeführt, der oft versuchte, Devi zu überreden, zu ihrem hinduistischen Glauben zurückzukehren.

„Warum glaubst du an Jesus, der selbst gekreuzigt wurde und am Kreuz starb? Warum hast du deine Götter verlassen?“, fragte der Gefängniswärter laut Devi.

Sie beobachtete, dass die weiblichen Insassen sehr verzweifelt waren und Tag und Nacht weinten.

„Jede Frau im Gefängnis vermisste ihre Familie, insbesondere ihre Kinder, aber am schlimmsten traf es diejenigen, die keine Besucher mehr bekamen“, sagte Devi. „Sie dachten, ihre Familien hätten sie vergessen und dass sie jetzt nirgendwo mehr hingehörten.“

Ein Familienmitglied im Gefängnis zu besuchen, bedeutet für die Angehörigen eine große finanzielle Belastung, da sie jede Woche 5.000 bis 10.000 Rupien [60 bis 120 Dollar] zahlen müssen, damit die Gefangenen sich versorgen können, sagte sie.

„Mit diesem Geld kauft der Inhaftierte Toilettenartikel, Lebensmittel, Obst und Snacks“, sagte sie. „Das Essen im Gefängnis schmeckt nicht und ist von sehr schlechter Qualität. Wir bekamen halbgaren Reis, wässrige Linsensuppe und halbverbrannte Chapattis [indisches Fladenbrot].“

Devi sagte, sie sei die einzige Christin im Gefängnis gewesen. Manchmal fühlte sie sich allein und entmutigt, verbrachte aber viel Zeit im Gebet. Eine Woche später wurden vier Christinnen aus Kunda, einem Ort im Bezirk Pratapgarh, 50 Kilometer von der Stadt Pratapgarh entfernt, unter demselben Anti-Konversionsgesetz verhaftet und ins Gefängnis gesteckt.

„Als ich das Leiden der Frauen im Gefängnis sah, brach ich zunächst völlig zusammen. Ich war so überwältigt von ihrem ständigen Weinen und ihrer Hoffnungslosigkeit, aber dann schickte der Herr vier gläubige Frauen ins Gefängnis“, sagte Devi. „Es hat mich sehr ermutigt, sie zu treffen, und wir begannen, gemeinsam zu beten.“

Ihr Sohn besuchte sie regelmäßig und gab ihr Geld, was ihr half, zu überleben.

„Ich bin so dankbar, dass mein Sohn mich weiterhin dreimal pro Woche besuchte und mir wöchentlich Geld gab, um meine Bedürfnisse zu bezahlen“, sagte Devi, die Zahlungen leistete, damit sie nicht arbeiten musste, während die anderen vier christlichen Insassinnen keine Mittel hatten und arbeiten mussten. Sie erhielten „die schmutzigsten Arbeiten, nämlich die Reinigung der Gefängistoiletten, weil sie Christinnen waren“, sagte sie.

Bald begann sie zu erkranken. Ihre Gesundheit verschlechterte sich aufgrund ständiger Blutungen und Mangelernährung. Es kam eine Zeit, in der sie ihre Hände und Füße nicht mehr bewegen konnte.

„Ich wurde bewegungsunfähig und konnte weder stehen noch gehen; ich verlor meine Sprache“, sagte sie. „Die diensthabenden Wärter wiesen alle, einschließlich der christlichen Frauen, an, Abstand zu mir zu halten. Sie wussten, dass ich im Sterben lag, und befürchteten, ich könnte eine Krankheit haben, die andere Insassen anstecken könnte.“

Devi lag auf einer Matratze auf dem Boden und betete.

„Ich schrie still zum Herrn: ‚Lass mich hier nicht sterben. Wenn meine Zeit gekommen ist, dann lass es außerhalb des Gefängnisses sein. Wenn ich im Gefängnis sterbe, wird dein Name verleumdet werden. Sie haben gesehen, wie ich die ganze Zeit zu dir gebetet habe. Sie werden deinen Namen verachten, wenn ich sterbe‘“, sagte sie.

Während sie betete, sah sie „das Licht des Herrn“ in ihrer Zelle auf sie scheinen, sagte Devi. Sie fühlte sich körperlich gestärkt und konnte nicht nur stehen, sondern auch in den Garten gehen, wo die anderen Frauen arbeiteten.

„Die Frauen sahen mich an, flüsterten und sagten zueinander: Wir haben sie dem Tod überlassen; sie ist ein wandelndes Wunder. Ich sagte ihnen, dass der Herr mich geheilt habe und dass ich sprechen, stehen und gehen könne“, sagte sie.

Devi begann um 3 Uhr morgens aufzuwachen und verbrachte eine Stunde damit, Gottes Absicht zu suchen, warum er sie ins Gefängnis gebracht und auf wundersame Weise geheilt hatte, sagte sie. Am 24. August, nachdem sie ihr tägliches Gebet beendet hatte, legte sich Devi wieder auf ihre Matratze auf dem Boden, als sie plötzlich ein sehr helles Licht in der Baracke wahrnahm.

„Ich öffnete meine Augen, um zu sehen, woher dieses helle Licht kam, und ich sah Jesus, der am Tor stand“, erzählte Devi Morning Star News. „Ich kroch auf dem Boden und schleppte mich zu ihm hin. Das Strahlen seines Lichts war so hell, dass ich sein Gesicht nicht sehen konnte. Ich sprach sehr lange mit ihm. Das war das erste Mal, dass ich den Herrn sah.“

Von diesem Tag an änderte sich alles für Devi.

Die folgenden Monate waren die unvergesslichste und wertvollste Zeit, sagte Devi und fügte hinzu: „Ich habe im Gefängnis mehr Liebe erfahren als draußen.“

Eine der christlichen Frauen wurde gegen Kautionsfreilassung, was vielen Mitinsassinnen auffiel. Einige der nichtchristlichen Frauen kamen auf Devi zu und baten sie, für sie zu beten. Dann wurde eine weitere christliche Frau gegen Kautionsfreilassung, was noch mehr Frauen auffiel, die nun ebenfalls zum Gebet kamen.

Die Dinge begannen sich rasch zu ändern, und die Haltung der Wärter und Mitinsassen ihr gegenüber änderte sich völlig.

„Viele Frauen wurden gegen Kaution freigelassen, viele wurden geheilt. Polizistinnen im Dienst wurden geheilt. Sie sprachen mit mir über ihre familiären Probleme und baten mich, für sie zu beten“, sagte Devi. „Meine Mitinsassinnen massierten mir die Beine, um mir Erholung zu verschaffen, und die Wärter brachten mir selbstgekochtes Essen von zu Hause mit. Sie alle liebten mich so sehr, dass ich selbst in meinem eigenen Zuhause nicht so viel Liebe erfahren habe.“

Eine Insassin, die seit 16 Monaten inhaftiert war, hatte die Hoffnung auf eine Freilassung gegen Kaution aufgegeben. Nachdem Devi für sie gebetet hatte, begann sie, jeden Tag an Gebeten teilzunehmen, und wurde schließlich am 13. Oktober auf Kaution freigelassen.

„Sie tanzte im ganzen Gefängnis und verkündete mit Freudenschreien: „Jesus Christus hat mich freigelassen“,“ sagte Devi.

Die meisten Frauen im Gefängnis hatten noch nie von Christus gehört. Als sie von Devi von ihm hörten, „erlebten sie viel Frieden“, sagte sie.

An dem Tag, an dem sie auf Kaution freigelassen wurde, sagte sie dem Herrn, dass sie zur Verfügung stehe, und äußerte den Wunsch, dass er sie weiterhin dazu benutzen möge, das Leben ihrer Mitinsassinnen zu verändern.

„Ich sagte dem Herrn, dass meine Arbeit hier noch nicht beendet sei, und bat ihn, meinen Aufenthalt zu verlängern“, sagte Devi. Ihre Akten gingen irgendwie verloren, nachdem das Gericht ihre Freilassung auf Kaution angeordnet hatte, und erreichten das Gefängnis erst 15 Tage später, sodass sie mehr Zeit für ihre Arbeit hatte.

Da sie sich noch etwas unwohl fühlte und das Gefängnis körperlich anstrengend war, brachte die EFI Devi zur Untersuchung in ein Krankenhaus. Die Ärzte bestätigten den Krebs am 21. November.

Devi befand sich zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels noch immer im Krankenhaus, um sich zu erholen. Sie bat um Gebete für sich selbst und für alle Frauen im Gefängnis und dankte dem Herrn, dass sie den Gefangenen die erlösende Kraft Christi vermitteln durfte.

„Leiden gehört dazu, wenn wir dem Herrn folgen wollen“, sagte Devi. „Deshalb bin ich Gott sehr dankbar für das anfängliche Leiden im Gefängnis, für die Freude, die ich in den folgenden zwei Monaten erfahren habe, und jetzt für die erfolgreiche Operation.“

Der feindselige Ton der Regierung der National Democratic Alliance unter Führung der hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party gegenüber Nicht-Hindus hat laut religiösen Rechtsaktivisten seit dem Amtsantritt von Premierminister Narendra Modi im Mai 2014 hinduistische Extremisten in mehreren Teilen des Landes ermutigt, Christen anzugreifen.

Indien belegte Platz 11 auf der Weltverfolgungsliste 2025 der christlichen Hilfsorganisation Open Doors, auf der die Länder aufgeführt sind, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein. Vor Modis Amtsantritt lag Indien noch auf Platz 31.

<https://morningstarnews.org/2025/12/christian-woman-jailed-in-india-treated-for-cancer/>

Iran: Haftstrafe wegen „Verstößen gegen die nationale Sicherheit“

Auch afghanischer Konvertit verurteilt

Zwei iranische Christen, die vom Islam konvertiert sind und wegen ihrer Beteiligung an einer „Hauskirche“ wegen „Verstößen gegen die nationale Sicherheit“ verurteilt wurden, werden nun ihre Haftstrafen antreten.

Hossein Mohammadi (bekannt als Daniel) und Zahra Gholami (bekannt als Hannah) folgten einer Vorladung, um ihre Haftstrafen am Sonntag, dem 16. November, anzutreten, indem sie sich bei ihrer örtlichen Strafvollzugsbehörde in Malard in der Nähe von Teheran meldeten.

In Iran ist es üblich, dass eine Person, die zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde, später zur Verbüßung ihrer Haftstrafe vorgeladen wird.

Daniel, 65, und Hannah, 35, wurden im Juli 2024 wegen „Gründung“ und „Mitgliedschaft“ in einer „Gruppe oder Vereinigung mit dem Ziel, die nationale Sicherheit zu stören“ zu zwei Jahren Haft verurteilt.

Die Verhaftungen waren das Ergebnis einer Razzia von 30 Geheimdienstagenten in einer Hauskirche in Shahriar (35 Meilen westlich von Teheran) im Dezember 2023, als sich etwa 25 Gläubige versammelt hatten, um zu beten und ihre Weihnachtsfeier zu planen.

Auch afghanischer Konvertit verurteilt

Daniel und Hannah wurden zusammen mit zwei weiteren christlichen Konvertiten verurteilt – dem afghanischen Flüchtling Teymur Hosseini, 45 (bekannt als Kourosh), und einem vierten Gläubigen, dessen Identität nicht bekannt gegeben wurde.

Diese Konvertiten wurden bei separaten Razzien ebenfalls im Dezember 2023 verhaftet.

Die vier Christen wurden im Juli 2024 vor der Zweigstelle 2 des Revolutionsgerichts des Bezirks Shahriar angeklagt, wo sie gemäß Artikel 498 des islamischen Strafgesetzbuches wegen der Organisation „staatsfeindlicher“ Gruppen verurteilt wurden.

Kourosh, ein Schuhmacher, der seit etwa 20 Jahren im Iran lebt, verheiratet ist und drei Kinder hat, wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt und trat seine Haftstrafe ebenfalls am 16. November an.

Der vierte Christ wurde wegen „Beihilfe“ zu diesen mutmaßlichen Straftaten zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels ist nicht bekannt, ob dieser vierte Christ der Vorladung zum Antritt seiner Haftstrafe Folge geleistet hat.

Die anschließenden Berufungen und der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens vor dem Obersten Gerichtshof wurden beide abgelehnt.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/iranian-christians-convicted-on-national-security-charges-start-prison-s/>

Litauen: Bischof: Gott ist in schwachen Kirchen besonders mächtig

Krieg, Besatzung und Deportation konnten die Kirche in Litauen nicht zerstören

Vilnius/Windsbach (IDEA) – Unterdrückung, Krieg, Besatzung und Deportation haben die Evangelisch-Lutherische Kirche in Litauen nicht zerstören können. Das betonte deren heutiger Bischof Mindaugas Sabutis (Vilnius) bei einer Predigt- und Vortragsreise durch Deutschland und die Schweiz, wie der Vorsitzende der einladenden Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern (KSBB), Andreas Späth (Windsbach/Mittelfranken), der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA mitteilte. Selbst die treuesten Kirchenmitglieder hätten in der Vergangenheit oft befürchtet, dass die lutherische Kirche aus Litauen verschwinde. Sabutis erinnerte unter anderem an die Besatzung durch die Sowjetunion im Zuge des Zweiten Weltkriegs und danach. In dieser Zeit sei ein großer Teil der lutherischen Christen Litauens nach Zentralasien deportiert worden. Immer hätten die Umstände aus menschlicher Sicht für den baldigen Untergang der Kirche gesprochen. Aber es sei anders gekommen. Die lutherische Kirche besteht weiter – auch wenn die 16.000 Lutheraner nur 0,6 Prozent der Bevölkerung im mehrheitlich katholischen Litauen stellen. 35 Jahre nach dem Ende der Sowjetdiktatur bedrohe Russland die damals gewonnene Freiheit und Unabhängigkeit allerdings erneut, so Sabutis.

Gerade in unsicheren Zeiten den christlichen Glauben bezeugen

Doch Gott sei gerade in den „schwachen Kirchen“ besonders mächtig. Diese Erkenntnis könne für Christen in Deutschland eine Ermutigung sein. Die „geistliche Lage“ in Kirche und Gesellschaft erscheine vielleicht „trübe und aussichtslos“. Doch gerade in unsicheren Zeiten sei eine große Bereitschaft in der Bevölkerung da, sich mit grundsätzlichen Fragen über Gott und den Glauben auseinanderzusetzen. Christen müssten dafür wieder sprachfähiger werden, um ihren Glauben in Familie, Berufswelt und Freundeskreis bezeugen zu können. Viele Europäer seien so weit vom christlichen Glauben entfernt, dass sie die Bedeutung ehemals geläufiger Begriffe wie „Gott“, „Seele“ oder „ewiges Leben“ nicht mehr kennten. Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Litauen hat 54 Gemeinden und ist Mitglied des Lutherischen Weltbundes (LWB).

Mosambik: 22 Christen getötet

Mindestens 22 Christen wurden im vergangenen Monat getötet, während sich die Lage im Norden Mosambiks weiter verschlechtert.

Zu den Morden bekannte sich der Islamische Staat Mosambik, der seit 2017 in der Region Aufstände führt.

In einem kürzlich veröffentlichten Beitrag in den sozialen Medien prahlte IS-M, dass „die Soldaten des Kalifats“ am 20. November im Bezirk Muidumbe in der Provinz Cabo Delgado „vier Christen getötet haben ... Lob sei Gott“.

Der Islamische Staat Mosambik hat seit 2017 mehr als 1.800 Christen getötet.

Im Oktober veröffentlichte die Gruppe Videos, in denen ihre Kämpfer in Moscheen predigten, als Teil eines Überfalls auf Mocímboa da Praia, eine Hafenstadt im Nordosten der Provinz, die von August 2020 bis August 2021 vom IS-M gehalten wurde.

Die Kämpfer hissten eine Flagge des Islamischen Staates in der Moschee. Sie bestritten, „Kriminelle“ zu sein und erklärten, dass sie für die Errichtung eines islamischen Staates kämpften. Der Islamische Staat fordert afrikanische Christen auf, zu konvertieren und sich der islamischen Herrschaft zu unterwerfen.

Besorgniserregend ist, dass sich die Gewalt zunehmend nach Süden in die benachbarte Provinz Nampula ausbreitet.

In der vergangenen Woche wurden bei vier Angriffen des IS-M in Nampula mindestens sechs Christen getötet. Bei einem fünften Angriff wurden keine Opfer gemeldet, aber die Islamisten behaupteten, zwei Kirchengebäude und 63 Häuser niedergebrannt zu haben.

„Dieser Angriff ist eine der zerstörerischsten Operationen des IS-M in den letzten Monaten“, sagte ein Forscher des Terrorism Research & Analysis Consortium. „Er spiegelt den konsequenten Einsatz von Feuer als Waffe durch den IS-M wider, um zivile Infrastruktur zu zerstören, religiöse und kulturelle Identität auszulöschen und ganze Dörfer unbewohnbar zu machen.“

„Für eine ländliche Gemeinde in der Provinz Nampula bedeutet der Verlust von zwei Kirchen und so vielen Häusern nicht nur eine unmittelbare Vertreibung, sondern auch den Zusammenbruch des sozialen Zusammenhalts und das langfristige wirtschaftliche Überleben.“

<https://www.barnabasaid.org/de/news/another-22-christians-killed-as-insurgency-spreads-in-northern-mozambique/>

Myanmar: Nationale Menschenrechtskommission begrüßt Freilassung politischer Gefangener

"Wir brauchen eine Rückkehr zur Demokratie"

Yangon (Fides) – Die Militärjunta in Myanmar hat über 3.000 politische Gefangene aus dem Gefängnis von Insein in Yangon entlassen. Die Häftlinge waren nach dem Staatsstreich von 2021 als Regimegegner verhaftet und wegen „Aufruhrs“ angeklagt worden. Die Generäle erklärten, dass die Urteile aufgehoben wurden, „um sicherzustellen, dass sie ihr Wahlrecht bei den bevorstehenden demokratischen Mehrparteien-Parlamentswahlen nicht verlieren“.

Angesichts der bevorstehenden Wahlen, die in mehreren Phasen ab Ende Dezember und dann im Januar 2026 stattfinden sollen, hat die Nationale Menschenrechtskommission von Myanmar („Myanmar National Human Rights Commission“), eine unabhängige Einrichtung, die jedoch aus von der Regierung ernannten Kommissaren besteht, Briefe an verschiedene Minister der Junta mit ausdrücklichen Forderungen geschickt: In einem Schreiben an den Innenminister wurde die Freilassung politischer Gefangener gefordert, was inzwischen geschehen ist; in einem Schreiben an den Gesundheitsminister wurde gefordert, dass allen Kranken und Menschen in Krankenhäusern das Wahlrecht garantiert wird, indem spezielle Wahllokale eingerichtet werden; und in einem Schreiben an den Minister für Soziales wurde gefordert, dass alle Menschen mit Behinderungen in die Lage versetzt werden, ihr Wahlrecht und ihre Wahlpflicht auszuüben.

„Wir begrüßen die Freilassung der Häftlinge und hoffen, dass auch andere freigelassen werden oder eine Amnestie erhalten. Wir glauben, dass Wahlen das grundlegende Instrument der Demokratie sind, und unterstützen daher den Wahlprozess, indem wir fordern, dass er frei und transparent ist“, erklärt der Katholik Joseph Win Hlaing Oo, Mitglied der Nationalen Menschenrechtskommission von Myanmar, gegenüber Fides.

Joseph Win Hlaing Oo ist sich der kritischen Lage und der Schwierigkeiten bewusst, unter denen die Wahlen stattfinden werden, da im Land Bürgerkrieg herrscht und in vielen Gebieten keine Wahlen abgehalten werden können. Dennoch betrachtet er die Wahlen als Chance: „Wir bitten die internationale Gemeinschaft, Beobachter zu entsenden, damit die Wahlen legitim und frei verlaufen können. In unserem Land brauchen wir dringend eine Rückkehr zur Demokratie, und diese Wahl ist trotz der Schwierigkeiten und unter den gegenwärtigen Bedingungen sicherlich ein erster notwendiger Schritt“, schließt er.

(PA) (Fides 28/11/2025)

Nigeria: Erzbischof von Sokoto

“Niemand fragt die katholische Kirche, ob die Zahlen über die Verfolgungen stimmen“

Abuja (Fides) – Es gebe keinen Völkermord an Christen in Nigeria. Dies bekräftigte Erzbischof Matthew Hassan Kukah von Sokoto im Norden Nigerias in seiner Rede vor der 46. Obersten Versammlung der „Knights of St. Mulumba“ (einem 1953 in Onitsha gegründeten katholischen Ritterorden).

Erzbischof Kukah stellte in diesem Zusammenhang die von verschiedenen Medien veröffentlichten Zahlen in Frage, insbesondere die Angabe, dass in Nigeria jedes Jahr 1.200 Kirchen niedergebrannt würden. „Es heißt, dass in Nigeria jedes Jahr 1.200 Kirchen niedergebrannt werden, und ich frage mich: In welchem Nigeria? Interessanterweise hat sich niemand an die katholische Kirche gewandt, um genaue Daten zu erhalten. Wir wissen nicht, woher diese Zahlen stammen“, sagte der Erzbischof und forderte dazu auf, sich an die Nigerianische Bischofskonferenz zu wenden, um die von nicht immer zuverlässigen Quellen veröffentlichten Daten zu überprüfen.

„Keiner, der von Verfolgung spricht, hat jemals angerufen und gefragt: ‚Bischof Kukah, wie ist die Lage?‘. Diejenigen, die bestimmte Zahlen verbreiten, vermeiden es geschickt, die katholische Kirche zu fragen, weil sie wissen, dass Katholiken sich nicht auf Hörensagen verlassen“, betonte er.

Erzbischof Kukah erklärte außerdem, dass die Definition von Völkermord auf der Absicht und nicht auf der Anzahl der Opfer basiert: „Völkermord basiert nicht auf der Anzahl der getöteten Menschen. Man kann 10 Millionen Menschen töten, und es wäre dennoch kein Völkermord. Der entscheidende Faktor ist die Absicht, d. h. ob das Ziel darin besteht, eine Gruppe von Menschen zu vernichten. Völkermord wird also nicht anhand von Zahlen bestimmt, sondern anhand der Absicht.“

Der Erzbischof, der auch Vorsitzender des „National Peace Committee“ (NPC), einer Organisation, die ursprünglich gegründet wurde, um den friedlichen Ablauf der Parlamentswahlen 2015 zu fördern, und der Vertreter verschiedener Glaubensrichtungen und der Zivilgesellschaft angehören, erklärte außerdem: „Wenn Sie in Nigeria Christ sind und sagen, dass Sie verfolgt werden, dann frage ich Sie: Wie? Mindestens 80 % der gebildeten Nigerianer sind Christen, und bis zu 85 % der nigerianischen Wirtschaft wird von Christen kontrolliert. Wie kann man angesichts dieser Zahlen behaupten, dass Christen verfolgt werden?“

Die Äußerung des Erzbischofs von Sokoto erfolgte auch vor dem Hintergrund von Vorwürfen des Völkermords an Christen in Nigeria, die von einigen amerikanischen Parlamentariern erhoben wurden und auf deren Grundlage US-Präsident Donald Trump Nigeria als Land von besonderer Besorgnis neu eingestuft hat und mit der Entsendung von Truppen droht, sollte es der nigerianischen Regierung nicht gelingen, den Massakern ein Ende zu setzen.

(L.M.) (Fides 1/12/2025)

(Anmerkung der Redaktion: Wegen Rückfragen von Lesern möchten wir ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Beiträge, die wir veröffentlichen, nicht unbedingt die Meinung der Redaktion widerspiegeln. In diesem Fall bringen wir einen Beitrag, der inhaltlich stark von allen anderen zu Nigeria abweicht. Allein vom hier zitierten katholischen Pressedienst Fides haben wir in den letzten Jahren 355 Beiträge gebracht, die ein gegenteiliges Bild zeichnen.)

Nigeria: Im Zeichen der missionarischen Verbundenheit

Gebetsinitiative der Gesellschaft für Afrikamissionen für die Entführten der katholischen Schule in Papiri

Abuja (Fides) – „Wir stehen ihnen zur Seite, leiden mit ihnen, beten mit ihnen“ lautet der Aufruf zum Gebet der Missionsschwestern von Unserer Lieben Frau von den Aposteln für die 265 Geiseln der „St. Mary's Catholic School“ in Papiri, die seit dem 21. November in den Händen von Entführern sind.

„Es handelt sich konkret um 239 Kinder der Grundschule, 14 Schüler und Schülern der Sekundarstufe und 12 Mitarbeitende, deren Abwesenheit eine tiefe Wunde im Leben der Schule und der Gemeinschaft insgesamt darstellt“, erklärt der Generalobere der Gesellschaft der Afrikamissionen, Pater François du Penhoat, in einer Mitteilung an Fides.

Der Generalobere der Gesellschaft für Afrikamissionen hat seine Besorgnis und Solidarität angesichts des Angriffs auf die katholischen Grund- und weiterführenden Schulen der „St. Mary's Catholic School“ in Papiri (vgl. Fides 24/11/2025) zum Ausdruck gebracht, von dem Schüler und Schülerinnen sowie Lehrkräfte und Mitarbeitende betroffen sind, die der Obhut der Missionsschwestern unserer lieben Frau von den Aposteln anvertraut sind, die zur Ordensfamilie der Gesellschaft für die Afrikamissionen gehören.

„Wir teilen die Angst der Familien, der Schwesterngemeinschaft, der Diözese Kontagora und der gesamten Bevölkerung von Papiri“, betont Pater du Penhoat. „Wir schöpfen Trost aus der Meldung der Diözese, die die Flucht und Rückkehr von fünfzig Schülern bestätigt. Wir vereinen unsere Herzen, um die schnelle und sichere Freilassung aller noch Gefangenen zu erbitten, um Gottes Schutz für ihre Familien zu erleben und um Frieden und Gerechtigkeit in einer Region zu beten, die von wiederkehrender Gewalt heimgesucht wird.“

„Die Einladung zum Gebet, die von den Missionsschwestern unserer lieben Frau von den Aposteln ausgesprochen wurde“, sagt der Missionar, „erinnert uns einmal mehr an die spirituelle Verbindung, die uns als Missionsfamilie verbindet. Wie schon bei der Entführung unseres Mitbruders Pater Pierluigi Maccalli im Jahr 2018 lade ich alle ein, sich an der großen Gebetskette zu beteiligen, die bereits begonnen hat. Ich bitte alle Mitbrüder in jeder Gemeinschaft, sich aktiv an diesem Gebet im Zeichen der Solidarität zu beteiligen. Lasst uns gemeinsam mit den Missionsschwestern, der Diözese Kontagora und der gesamten Kirche unsere Stimme erheben und diese unschuldigen Leben der Barmherzigkeit Gottes anvertrauen, bis der Schmerz der Familien von Papiri in Dankeslieder verwandelt wird.“

Pater du Penhoat schließt mit der Aufforderung an alle, „jede Eucharistiefeier, jedes Rosenkranzgebet und jeden Moment der Fürbitte für die Rückkehr der 265 entführten Schüler und Schülerinnen und Mitarbeitenden darzubringen, um ihren Familien und Gemeinschaften Kraft und Trost zu spenden, unser Volk in Nigeria zu schützen und Frieden, Würde und Sicherheit im Land wiederherzustellen“.

(AP) (Fides 2/12/2025)

Nigeria: Priester im Bundesstaat Kaduna entführt

Abuja (Fides) – Erneut wurde in Nigeria ein katholischer Priester entführt. Pfarrer Emmanuel Ezema wurde am 2. Dezember gegen 11.30 Uhr von bewaffneten Männern aus dem Pfarrhaus der Pfarrei „St. Peter“ in Rumi verschleppt.

Dies gab die Diözese Zaria in einer Erklärung bekannt, die von Kanzler Pfarrer Isek Augustine unterzeichnet wurde, der die Gläubigen bat, für die rasche Freilassung des Priesters zu beten.

Zaria liegt im Bundesstaat Kaduna im Nordwesten Nigerias.

Die erneute Entführung eines Priesters wirft wieder einmal die Frage nach den Entführungen zu Erpressungszwecken in Nigeria auf, von denen alle sozialen Schichten betroffen sind. Aufgrund der zunehmenden Unsicherheit hat Präsident Bola Ahmed Tinubu den Notstand ausgerufen ([vgl. AKREF 27/11/2025](#)), da Entführungen und gewalttätige Übergriffe in verschiedenen Bundesstaaten der Föderation weiter zunehmen.

(L.M.) (Fides 4/12/2025)

Nigeria: „In Nigeria findet ein Völkermord an Christen statt“

Daniel Okoh, ein hochrangiger Kirchenführer und Präsident der Christian Association of Nigeria (CAN), hat seine Besorgnis über einen „Völkermord“ an Christen in Nigeria zum Ausdruck gebracht.

„Die CAN hat sich klar und mutig zu diesem Thema geäußert“, sagte Okoh, „und wir bleiben bei unserer Position, dass in Nigeria ein Völkermord an Christen stattfindet.“

Barnabas Aid schätzt, dass seit 2009 mindestens 45.000 Christen von Islamisten im Norden und im Middle Belt Nigerias getötet wurden.

Okoh erklärte Reportern auf einer Pressekonferenz, dass ganze Gemeinden vertrieben worden seien, während Entführungen und Morde nach wie vor ein anhaltendes Problem darstellten.

„In vielen Teilen Nordnigerias und des Middle Belt haben christliche Gemeinden beispiellose wiederholte, koordinierte und in vielen Fällen eindeutig gezielte Angriffe erlebt“, sagte er.

„Diese Schrecken haben Tausende von Menschen das Leben gekostet, unzählige zu Witwen und Waisen gemacht und ganze Dörfer zerstört, ohne dass Gerechtigkeit oder ein Abschluss gefunden wurden.“

„Es wäre eine schwere Ungerechtigkeit, die schmerzhafteste Realität der Geschehnisse zu leugnen: Brutal beendete Leben, Gemeinden, die aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden, auseinandergerissene Familien, zerstörte Kirchen und zerbrochene Hoffnungen.“

Laut einem Social-Media-Beitrag der Islamischen Provinz Westafrika vom 26. November „haben die Soldaten des Kalifats einen Christen“ in Miringa im Bundesstaat Borno „mit Maschinengewehren angegriffen, was zu seinem Tod führte, gepriesen sei Gott“.

„Obwohl es uns schmerzt, dass Nigeria aus so traurigen Gründen im Rampenlicht steht, begrüßen wir, die christliche Gemeinschaft in Nigeria, die internationale Aufmerksamkeit, wenn sie erforderlich ist, um entschlossene Maßnahmen der Regierung zum Schutz von Menschenleben und zur Herbeiführung eines dauerhaften Friedens anzuregen“, fuhr Okoh fort.

Ein weiterer Kirchenführer, Pastor Matthew Ashimolowo, hat ebenfalls auf die „gezielte Verfolgung von Christen“ aufmerksam gemacht und hinzugefügt, dass an einigen Orten „Kirchen nicht funktionieren können und Menschen [zu Tode] gehackt werden können“.

„Gibt es einen Völkermord?“, fragte Ashimolowo. „Wir können nicht sagen, dass es keinen Völkermord gibt.“

<https://www.barnabasaid.org/de/news/church-leaders-there-is-christian-genocide-in-nigeria/>

Nordkorea: Missionar seit mehr als einem Jahrzehnt hinter Gittern

Gefangener des Monats Dezember 2025



Der inhaftierte Christen Kim Jung-wook aus Nordkorea ist Gefangener des Monats Dez.25 Foto: picture-alliance/ASSOCIATED PRESS

Frankfurt am Main/Wetzlar (IDEA) – Als „Gefangenen des Monats Dezember 2025“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den in Nordkorea inhaftierten Christen Kim Jung-wook benannt. Der 61-Jährige befindet sich bereits seit mehr als einem Jahrzehnt in einem Gefangenenlager. Der Missionar hatte ab 2007 in der chinesischen Grenzstadt Dangdong gelebt. Aufgrund von Versprechungen glaubte der Baptist, am 7. Oktober 2013 sicher mit Bibeln und anderen religiösen Schriften nach Nordkorea einreisen zu können. Das war jedoch eine Falle: Er wurde am Tag nach seiner Einreise festgenommen und verhört. Kim Jung-wook wurde vorgeworfen, einen Umsturzversuch unternommen und für Südkorea spioniert zu haben. Im Februar 2014 trat er vor nordkoreanischen Medien mit einer offenbar erzwungenen Selbstbezeichnung und Entschuldigung auf. Er habe Anweisungen des südkoreanischen Geheimdienstes befolgt. Am 30. Mai 2014 wurde er zu lebenslanger Haft in einem Arbeitslager verurteilt. Die Arbeitsgruppe des UN-Menschenrechtsrats zu willkürlichen Inhaftierungen forderte am 13. März 2025 die sofortige Freilassung Kim Jung-wooks sowie zwei weiterer südkoreanischer Christen. Die IGFM und IDEA stellten ihn erstmals im März 2015 als „Gefangenen des Monats“ vor. Sie rufen dazu auf, den kommunistischen Diktator Kim Jong-un in Briefen zu bitten, Auskunft über den Verbleib des Missionars zu geben und ihn umgehend freizulassen.

Musterbrief

[Musterbrief Deutsch](#)

[Musterbrief Englisch](#)

Pakistan: Neues Gesetz - Kinderheirat ist in Belutschistan künftig illegal

Quetta (Fides) – Strenge Strafen für Erwachsene, die Kinderehen begünstigen sieht das neue „Gesetz von 2025 zur Einschränkung von Kinderehen in Belutschistan“ vor, das alle Ehen mit Minderjährigen unter 18 Jahren in der westpakistanischen Provinz für illegal erklärt. Die Strafen (von Geldstrafen bis zu Freiheitsstrafen) sollen für alle gelten, die an der Organisation, Begünstigung, Feier oder Teilnahme an einer Kinderheirat beteiligt sind. Das Gesetz hebt auch das bisherige Gesetz aufheben, das das Mindestalter für die Eheschließung für Mädchen auf 14 Jahre festlegte. Nach den neuen Bestimmungen müssten sowohl Standesbeamte als auch religiöse Vertreter vor der Eheschließung die Ausweise beider Ehepartner überprüfen.

Der Bischof von Hyderabad und Vorsitzende der Pakistanischen Bischofskonferenz, Samson Shukardin (OFM), bezeichnet den Gesetzentwurf als „eine historische Entscheidung zum Schutz von Kindern und einen wichtigen Schritt zur Stärkung der Rechte von Minderjährigen“. „Wir sind den Mitgliedern der Provinzversammlung von Belutschistan dankbar, dass sie dieses Gesetz zum Schutz von Kindern vor Frühehen gebilligt haben. Dieses Gesetz kommt vor allem Mädchen zugute, die aufgrund alter kultureller Praktiken oft schon im Kindesalter zur Heirat gezwungen werden. Das neue Gesetz gibt Kindern Hoffnung und stärkt die Rechte von Minderjährigen im ganzen Land“, erklärte er. „Die Kirche“, so erinnerte er, „fördert die Grundrechte jedes Menschen, insbesondere die von Mädchen. Frühe Ehen berauben sie ihrer Bildung, ihrer Gesundheit und ihres Selbstbewusstseins“.

Joel Bastian, lokales Mitglied der nationalen Kommission „Gerechtigkeit und Frieden“, betrachtet das Gesetz als „einen großen legislativen Sieg für die Rechte von Minderjährigen in Belutschistan, einen lang erwarteten Meilenstein“.

Belutschistan ist nach Sindh die zweite Provinz Pakistans, die ein Gesetz zur Einschränkung von Kinderehen verabschiedet hat. Eine ähnliche Regelung wurde 2025 auch in der Bundeshauptstadt Islamabad verabschiedet.

Trotz dieser legislativen Fortschritte liegt Pakistan bei der Prävention von Frühehen immer noch am Ende der Rangliste. Mit etwa 1,9 Millionen Kinderehen hat das Land die sechsthöchste Zahl weltweit. Auf nationaler Ebene heiraten über 21 % der Mädchen vor ihrem 18. Lebensjahr und 3 % vor ihrem 15.

Kinderheirat in Pakistan wird durch Armut, Geschlechterungleichheit und kulturelle Normen begünstigt, die die Ehre der Familie über die Rechte des Einzelnen stellen. In einigen Regionen wird die Ehe dazu genutzt, Fehden beizulegen oder die Haushaltsausgaben zu senken.

(PA) (Fides 1/12/2025)

Slowakei: Eine Bibel. Ein Wunder. 36 Taufen

(AVC) Seit vielen Jahren arbeitet unser Partner in einer der ärmsten Roma-Siedlungen der Ostslowakei. Die Menschen dort leben unter extrem schwierigen Bedingungen: ohne Strom, ohne fließendes Wasser, ohne Sanitäranlagen. Hoffnungslosigkeit prägt den Alltag dieser Randgruppe. Inmitten dieser Situation begegnete er einem jungen Mädchen, das nicht nur unter Armut litt, sondern auch unter einer schweren Krankheit, die Ärzte nicht behandeln konnten. Mehrmals täglich verlor sie das Bewusstsein, und niemand wusste, wie man ihr helfen konnte. Zu ihrem 17. Geburtstag erhielt sie eine Bibel – ein Geschenk, das ihr Leben veränderte. Beim Lesen entdeckte die Jugendliche die Hoffnung, die in Jesus Christus liegt. Immer wieder betete die Kranke um Heilung, und Gott erhörte ihr Gebet. Heute ist Perla vollständig gesund und frei von allen Symptomen. Dieses Wunder blieb nicht verborgen. Viele Menschen in ihrer Umgebung fragten, was geschehen war. Sie erzählte ihnen von Jesus, und im Sommer ließen sich 36 Personen taufen. Eine neue Gemeinde ist entstanden, die nun Licht und Hoffnung in dieser Siedlung bringt.

Heute danken wir Gott...

... für Perlas Heilung und neues Leben,

... für die neu entstandene, junge Gemeinde,

... für die Kraft des Wortes Gottes.

Sudan: Vandalismus an Kirche

Auch die koptisch-orthodoxe Kirche war Ziel des Angriffs

In Port Sudan am Roten Meer waren Christen beunruhigt, als sie am 26. November einen Muslim entdeckten, der Slogans an eine Kirchenwand schrieb, wie aus Quellen verlautete.

Ein Video, das in den sozialen Medien kursiert und von einer Überwachungskamera stammt, zeigt den Vorfall um 15:12 Uhr am 26. November. Darin ist zu sehen, wie eine Person mit Farbe aus einem Fahrzeug in der Nähe des Tors der Sudan Presbyterian Evangelical Church-Port Sudan aussteigt und später in arabischer Sprache „Es gibt keinen Gott außer Allah, und Mohammed ist der Prophet Allahs“ an die Wand schreibt.

Das Video, das auch zeigt, wie er weitere Slogans in roter Farbe auf Arabisch schreibt, löste in den sozialen Medien Empörung unter sudanesischen Kirchenführern aus. Philip Abdelmasih SPEC bezeichnete die Tat als einen Terrorakt, der nicht nur das soziale Gefüge des Sudan zerstören werde, sondern auch eine echte Bedrohung für die Existenz der Christen in Port Sudan und anderen Teilen des Landes darstelle.

„Dies ist eine vorsätzliche Handlung der Islamisten und könnte der Beginn von Boko-Haram-ähnlichen Aktionen im Sudan sein“, schrieb Abdelmasih in einer WhatsApp-Gruppe.

Der Rev. Yousif Mattar Kodi von SPEC forderte die Christen auf, angesichts dieser Tat, die er als Angriff auf die Kirche und das Land bezeichnete, nicht zu schweigen. Er warnte Sicherheitsbehörden, religiöse Führer und alle Bürger, wachsam zu sein.

Ein weiterer evangelikaler Führer in Port Sudan bestätigte den Vandalismus.

„Auch die koptisch-orthodoxe Kirche war Ziel des Angriffs. Wir haben die Behörden über den Vorfall informiert und erwarten, dass sie den Täter festnehmen, der von der Überwachungskamera erfasst wurde“, sagte der Pastor, dessen Identität aus Sicherheitsgründen nicht genannt wird.

Laut Joshua Project sind 93 Prozent der Bevölkerung Sudans Muslime, 4,3 Prozent gehören ethnischen traditionellen Religionen an, während Christen 2,3 Prozent ausmachen.

Sudan belegte in der Weltverfolgungsliste (WWL) 2025 von Open Doors Platz 5 unter den 50 Ländern, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein, und fiel damit gegenüber dem Vorjahr von Platz 8 zurück. Der Sudan war 2021 zum ersten Mal seit sechs Jahren aus den Top 10 der WWL-Liste gefallen und belegte Platz 13.

Das US-Außenministerium strich den Sudan 2019 von der Liste der Länder, die „systematische, anhaltende und schwerwiegende Verletzungen der Religionsfreiheit“ begehen oder tolerieren (Countries of Particular Concern, CPC), und stufte ihn auf eine Beobachtungsliste hoch. Sudan war zuvor von 1999 bis 2018 als CPC eingestuft worden.

Im Dezember 2020 strich das Außenministerium Sudan von seiner Sonderbeobachtungsliste.

<https://morningstarnews.org/2025/11/christian-convert-from-sudan-expelled-from-home-in-uganda/>

Südkorea: Regierung sucht den Dialog mit dem Norden

Katholiken beten für die „Überwindung von Hass“

Seoul (Fides) – „Lasst uns den Hass überwinden, die Menschenwürde schützen, miteinander in Beziehung treten, die universelle Geschwisterlichkeit verfolgen und auf eine Welt ohne Diskriminierung hinarbeiten, in der die Gerechtigkeit und die Liebe des Herrn verwirklicht werden“, heißt es in einer Botschaft des Vorsitzenden der Kommission „Gerechtigkeit und Frieden“ der Bischofskonferenz von Südkorea, Bischof John Kim Sun-tae von Jeonju, während im Land erneut über den „Dialog mit Nordkorea“ gesprochen wird, in einer Zeit, die für die Christusgläubigen die Adventszeit ist, eine Zeit des Wartens und der Vorbereitung auf die Geburt Christi, des Erlösers.

Bischof Kim bemerkt: „Auf der ganzen Welt leiden die Menschen noch immer unter Hass und Diskriminierung“, und als Gläubige, die „den Wert der Menschenwürde“ kennen, „verpflichten wir uns, eine Welt der Liebe und Einheit zu schaffen“. Mit Blick auf die Wunden der Teilung der Halbinsel erklärt der Bischof, dass „sich Hassgefühle unter Jung und Alt ausbreiten und in unserer Gesellschaft ein sehr besorgniserregendes Ausmaß erreicht haben“, während andererseits der Wunsch nach Versöhnung und Wiedervereinigung Koreas erheblich nachgelassen hat. Dieses Ziel galt als „eine der Prioritäten“ im politischen, sozialen und religiösen Bereich. Die katholische Kirche sieht heute, vor allem bei den jüngeren Generationen, ein Nachlassen dieses Bewusstseins für das Streben nach Einheit und setzt sich dafür ein, „die Flamme der Hoffnung am Leben zu erhalten“.

Aus diesem Grund wünscht sich Bischof Kim in einem Appell an „alle Menschen guten Willens“: „Ich hoffe, dass sich vor allem die Herzen öffnen, damit wir erkennen, dass alle Menschen nach dem Bild Gottes geschaffen sind und Würde besitzen, und damit wir ein Herz voller Respekt und Achtung für alle Menschen haben“. Der Weg, den junge Menschen und Erwachsene einschlagen sollten, sei „die universelle Empathie, die Jesus gezeigt hat“, betont er und forderte die Politiker auf, „eine Politik zum Wohle aller und für das Zusammenleben zu betreiben, also eine ‚gute Politik‘“.

Die koreanische Regierung hat unterdessen erklärt, dass sie den Dialog mit Nordkorea wieder aufnehmen will, zumindest um die Freilassung der sechs südkoreanischen Staatsbürger zu erreichen, die jenseits der Grenze inhaftiert sind. Die Aussetzung der innerkoreanischen Gespräche – so heißt es in einer heutigen Mitteilung des Präsidialamtes – verhindert Fortschritte bei der Freilassung der Gefangenen, die zwischen 2013 und 2016 wegen Spionagevorwürfen verhaftet worden waren.

„Da der Dialog und der Austausch zwischen Nord- und Südkorea seit längerer Zeit unterbrochen sind, leiden unsere Bürger weiterhin unter der Teilung des Landes, und diese Frage muss dringend gelöst werden“, heißt es in der Erklärung des Präsidenten. „Wir werden auf der Grundlage eines öffentlichen Konsenses daran arbeiten, den innerkoreanischen Dialog so bald wie möglich wieder aufzunehmen“, heißt es in der Erklärung weiter. Die Regierung beabsichtigt, „Konsultationen mit Nordkorea“ aufzunehmen, bestätigte auch das Ministerium für Wiedervereinigung, das nach wie vor in der südkoreanischen Regierung existiert.

Nordkorea lehnt den innerkoreanischen Dialog weiterhin ab, seit Kim Jong Un 2023 erklärte, alle Beziehungen zu Südkorea abubrechen.

(PA) (Fides 4/12/2025)

Südsudan: Bischof Tombura Yambio zur Adventszeit

„Hoffnung für ein weinendes Land, Hoffnung für eine wiederauferstehende Kirche“

Tombura Yambio (Fides) – „Der Advent besteht nicht nur aus Kerzen und Gebeten, sondern ist auch eine spirituelle Erneuerung unserer Diözese und unseres Landes. Bereiten wir unsere Herzen, unsere Gemeinden, unsere Pfarreien vor. Bereiten wir unser Land vor. Denn Christus kommt, er wandert über die staubigen Straßen von Western Equatoria, klopft an die zerbrechlichen Türen des Südsudans und sucht einen Ort, an dem er in uns geboren werden kann“. In seinem Hirtenbrief an die Diözese Tombura Yambio zum Beginn des Advents lädt Bischof Eduardo Hiiboro Kussala die Bevölkerung ein, diesen Moment als synodale Kirche zu leben, „gemeinsam zuzuhören, gemeinsam zu vergeben, gemeinsam im Geist des Jubiläumsjahres der Hoffnung wiederaufzubauen“.

„Der Advent ist zurückgekehrt, ein sanfter Sonnenaufgang über unserem zerbrechlichen Südsudan, ein Flüstern Gottes im Staub unseres Weges, ein leises Klopfen an der Tür jedes Hauses und jedes Herzens. Hoffen wir, dass der Fürst des Friedens wieder in unseren Dörfern wandelt, in Tombura, Yambio, Ezo, Nzara, Nagero, Rii-Yubu, Sakure, Namatina, Kediba, Maridi und in jedem Winkel, wo ein Herz auf Gott wartet“, so der Wunsch des Bischofs, der die vier Themen des Advents aufgreift. Für die erste Woche lädt er ein zur „Hoffnung für ein weinendes Land... Hoffnung für eine wiederauferstehende Kirche“.

„Frieden für eine Nation, die von Angst erschüttert ist, Frieden, der wie klares Wasser in jede zerbrochene Beziehung und jedes aufgewühlte Herz fließt. Christus kommt wie sanfter Regen auf unseren ausgedörrten Boden“, betont Bischof Hiiboro, der die Gläubigen auffordert, „die Waffen der Worte und die Waffen der Hände niederzulegen. In dieser Adventszeit möge jeder Christ in Tombura-Yambio versprechen: ‚Wo andere Wut säen, werde ich Frieden pflanzen‘.“

„In unserer Diözese hat die Freude Kriege, Hunger, Traumata und Exil überstanden. Die Freude ist unser hartnäckiges Wunder. Die Freude ist unsere Weigerung, geistig zu sterben. Christus ruft uns dazu auf, uns zu freuen, auch wenn noch Tränen auf unseren Gesichtern sind“, so der Bischof zum Thema des dritten Adventssonntags.

Bischof Hiiboro betont abschließend, was er selbst als das Herzstück des Advents bezeichnet, und wiederholt: „In diesem Jubiläumsjahr der Hoffnung ruft Christus uns dazu auf, über alle Stämme, über alles Vergangene, über alle Grenzen hinweg zu lieben. Den Fremden zu lieben, den Flüchtling, denjenigen, der uns Unrecht getan hat, das Kind, das Schulgeld zahlen muss, den alten Menschen, der allein lebt. Die Liebe baut die Diözesen wieder auf. Die Liebe heilt die Gemeinschaften. Die Liebe macht die Synodalität Wirklichkeit. Die Liebe bringt Gott in unser Haus.“

(AP) (Fides 1/12/2025)

Südsudan: "Ein Land kann keine neuen Wege auf alten Wunden bauen"

Tombura Yambio (Fides) – „Es ist notwendig, dass sich junge Menschen für das engagieren, was ihnen jetzt und für die Zukunft ihrer Gemeinschaften Frieden bringen kann“, so der Bischof von Tombura Yambio, Eduardo Hiiboro Kussala, gegenüber Fides. Der Prälat bezieht sich auf eine generationsübergreifende Veranstaltung, die am 2. und 3. Dezember 2025 mit Jugendlichen aus den zehn Bezirken des südsudanesischen Bundesstaates Western Equatoria. Es nahmen Vertreter verschiedener Gemeinschaften und verschiedener Stämme teil.

„Der Dialog wurde aufgenommen“, fährt Bischof Hiiboro fort, „aber wir möchten, dass sich die Jugendlichen auf das konzentrieren, was sie bereits haben, anstatt schlechten Politiken zu folgen, die sie spalten und nicht nur jetzt und morgen, sondern auch die nächste Generation verfolgen werden.“

„Dieser Workshop ist nicht nur ein Treffen, sondern eine Bewegung. Eine Bewegung, die von jungen Menschen angeführt, von jungen Menschen unterstützt und durch die Weisheit unserer Ältesten bereichert wird“, betont er und hebt das Thema des Workshops hervor: „Junge Menschen, die Frieden schaffen, schaffen Zukunft.“

Der Bischof erinnert an eine Reihe von Aspekten, auf die man sich beziehen kann, um Frieden zu erreichen, die sich auf die Liebe zu sich selbst, die Stammesidentität, Frieden als Entwicklung, Würde, Chancen und Gleichheit beziehen. „Eine Nation kann keine neuen Wege auf alten Wunden bauen. Eine Gemeinschaft, die sich weigert, sich zu erinnern, wiederholt ihre Fehler. Eine Gemeinschaft, die sich erinnert und heilt, steht wieder auf. Die jungen Menschen müssen zu Boten der Einheit werden, jener Einheit, die die Brücke zu einer friedlichen Zukunft ist. Das Gute aus der Kultur mitnehmen und das Schädliche ablehnen. Kultur ist Macht, wenn sie für den Frieden eingesetzt wird. Es gilt, die wirtschaftliche Stärkung der jungen Menschen zu fördern, sie zu Frieden und kritischem Denken zu erziehen. Ein gebildeter Geist ist schwer zu manipulieren“, betont der Bischof von Tombura Yambio.

„Lasst uns gemeinsam die Zukunft gestalten“, betont der Bischof, „Der Frieden gedeiht, wenn die Älteren, die die Erinnerung tragen, und die Jungen, die die Energie haben, gemeinsam voranschreiten. Gemeinsam tragen sie das Schicksal.“ In Bezug auf die Situation der Frauen sagt er, dass eine Gesellschaft, die Frauen zum Schweigen bringe, die Hälfte ihrer Weisheit verliere. „Die Stimmen der Frauen sind für den Frieden unerlässlich. Junge Menschen müssen Vorbilder für den Frieden sein und auf Glauben und moralischen Werten aufbauen. Wir müssen gemeinsam beten, gemeinsam arbeiten und gemeinsam auferstehen“, schließt Bischof Hiiboro.

(AP) (Fides 4/12/2025)

Thailand: Berufungsgericht bestätigt Auslieferung von Flüchtling an Vietnam

ICC-Nachrichten - Das Berufungsgericht in Thailand bestätigte am Mittwoch das Urteil der Vorinstanz und ordnete an, dass Y Quynh Bdap, ein christlicher Aktivist und Mitbegründer von Montagnards Stand for Justice (MSF), nach Vietnam zurückgeschickt wird, aus dem er geflohen war. Obwohl Bdap diese Woche seine Berufung vor Gericht verloren hat, ist noch nicht sicher, ob die thailändische Regierung ihn an Vietnam ausliefern wird. Der Fall wird von US-Beamten, Verfechtern der Religionsfreiheit und Menschenrechtsgruppen aufmerksam verfolgt.

Ein thailändisches Gericht ordnete im Herbst 2024 an, dass der 32-jährige Bdap nach Vietnam ausgeliefert werden soll, um sich dort wegen angeblicher terroristischer und antikommunistischer Aktivitäten im Zusammenhang mit Protesten im Juni 2023 in Vietnam zu verantworten und eine zehnjährige Haftstrafe zu verbüßen. Die vietnamesische Regierung stellte den ungewöhnlichen Auslieferungsantrag an thailändische Beamte, obwohl Bdap während der Proteste nicht in Vietnam war.

Bdap hat seit 2018 in Thailand Asyl und Umsiedlung beantragt. Als UN-Flüchtling in Thailand hat er Anspruch auf den Schutz der thailändischen Regierung vor einer zwangsweisen Rückführung in ein Land, in dem ihm wahrscheinlich Verfolgung droht. Mehrere Menschenrechtsorganisationen, darunter Human Rights Watch, haben die thailändischen Behörden aufgefordert, Bdap freizulassen.

International Christian Concern (ICC) und andere globale Organisationen haben den Fall von Bdap verfolgt und dokumentiert und sich für seine erfolgreiche Asylgewährung in Thailand eingesetzt.

„Wenn er nach Vietnam ausgeliefert wird, wird er wahrscheinlich Folter, Gewalt und Inhaftierung ausgesetzt sein“, sagte ein ICC-Mitarbeiter in der Region. „Es sieht so aus, als würde das thailändische Gericht dem Druck der Kommunistischen Partei Vietnams nachgeben, Bdap auszuliefern. Dies würde einen gefährlichen Präzedenzfall für Tausende anderer christlicher Flüchtlinge in Thailand schaffen, die ebenfalls in ihr Heimatland ausgeliefert werden könnten, aus dem sie vor Verfolgung geflohen sind. ICC fordert die thailändischen Behörden auf, Bdap freizulassen und nicht an Vietnam auszuliefern.“

Laut der Cross-Cultural Foundation (CrCF) kam das Berufungsgericht am Mittwoch zu dem Schluss, dass Thailand zwar kein formelles Auslieferungsabkommen mit Vietnam hat, das thailändische Gericht jedoch auf der Grundlage des „Prinzips der Gegenseitigkeit“ kooperieren kann.

Trotz des Flüchtlingsstatus von Bdap gemäß der Konvention des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen befand das Berufungsgericht, dass es sich nicht in das frühere Gerichtsurteil Vietnams einmischen könne, in dem Bdap wegen Straftaten angeklagt wurde.

„Das Gericht war auch nicht der Ansicht, dass Y Quynh Bdap im Falle seiner Rückführung Gefahr oder unmenschlicher Behandlung oder einer Verletzung seiner Menschenwürde gemäß dem Gesetz zur Verhütung von Folter und Verschleppung B.E. 2565 (2022) ausgesetzt werden würde“, so die (CrCF), „da es keine Beweise dafür gab, dass Y Quynh Bdap während seiner Haft in der Sozialistischen Republik Vietnam angegriffen oder bedroht wurde, und die vietnamesische Regierung seine Sicherheit garantiert hatte. Es wird davon ausgegangen, dass bei einer Rückführung keine Gefahr oder Grausamkeit droht. Die Entscheidung des Berufungsgerichts ist endgültig.“ Wenn die thailändische Regierung Bdap nicht innerhalb von 90 Tagen an die vietnamesischen Behörden ausliefert, wird er angeblich freigelassen. Die Cross-Cultural Foundation (CrCF) ist eine von der Nationalen Menschenrechtskommission (NHRC) zertifizierte Menschenrechtsorganisation, die sich für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte und den Zugang zur Justiz für die Öffentlichkeit einsetzt.

Bdap gehört zur Minderheit der Montagnards in Vietnam, einer überwiegend christlichen ethnischen Gruppe, die im zentralen Hochland von Vietnam und Kambodscha lebt. Die Montagnards sind seit langem Schikanen, Verfolgungen und Verhaftungen durch vietnamesische Beamte ausgesetzt, die gegen nicht von der Regierung genehmigte kirchliche Gruppen vorgehen. Vietnam lässt eine gewisse Form von Religion in Form streng kontrollierter, registrierter religiöser Gruppen zu.

Seit mehr als zwei Jahrzehnten empfiehlt die United States Commission on International Religious Freedom (USCIRF) dem US-Außenministerium, Vietnam als Land von besonderer Bedeutung einzustufen, unter anderem wegen der anhaltenden Verfolgung der Montagnards. ICC hat Vietnam in seinen Global Persecution Index 2025 der Länder mit der höchsten Verfolgung aufgenommen.

Mitarbeiter der ICC haben Montagnard-Christen in Thailand besucht, die nach Verfolgung Asyl gesucht haben.

„Bei einem Besuch sahen wir Dutzende von christlichen Montagnard-Familien, die unter sehr einfachen und harten Bedingungen lebten, während sie jahrelang in Thailand auf ihre Umsiedlung warteten“, berichtete ein ICC-Mitarbeiter. „Wir trafen uns mit Pastoren und Kirchenleitern der Montagnards, die ihr Bestes taten, um ihr Volk durch Bibelstudien und kleine Gemeinschaften geistlich zu stärken. Trotz der extremen Herausforderungen in Thailand sind sie immer noch gläubig und hoffnungsvoll. Aber diese christlichen Flüchtlinge brauchen dringend Hilfe.“

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Türkei: Verpasste Chance – Kritik am Papstbesuch

Die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ kritisiert den Papst. Bei seinem Treffen mit dem türkischen Präsidenten Erdoğan habe er auf die prekäre Lage religiöser Minderheiten in der Türkei nicht aufmerksam gemacht.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) zeigt sich enttäuscht über den Türkei-Besuch von Papst Leo XIV. Bei seinem Treffen mit Präsident Recep Tayyip Erdoğan habe der Papst seine moralische Autorität nicht genutzt, um auf die prekäre Lage religiöser Minderheiten in der Türkei und der Region aufmerksam zu machen. Im Vorfeld hatte die GfbV den Papst [in einem Brief aufgefordert](#), auf das Schicksal zweier 2013 entführter Bischöfe aus Aleppo hinzuweisen. Hinweise deuten auf eine Beteiligung radikaler Islamisten hin, die von der Türkei unterstützt wurden. „Der Vatikan als moralische Instanz hätte hier ein starkes Zeichen setzen müssen“, heißt es in einer [Pressemitteilung](#).

Die Menschenrechtsorganisation ruft Kirchen und Regierungen dazu auf, sich stärker für verfolgte Christen einzusetzen. „Christen und religiöse Minderheiten weltweit sind einer massiven Bedrohung durch den radikalen politischen Islam ausgesetzt“, warnt Kamal Sido, Nahost-Referent der GfbV. Die Menschenrechtsorganisation kritisiert eine teils „widersprüchliche Politik“ von Deutschland, der EU und den USA, die islamistische Akteure verharmlosen würden. Stattdessen brauche es eine neue Strategie zur Stärkung demokratischer Kräfte in der arabisch-islamischen Welt.

[NGO fordert größeren Einsatz für Christen und religiöse Minderheiten](#)

Christen sind weltweit zunehmender Gewalt ausgesetzt, sagt die Gesellschaft für bedrohte Völker. Die NGO fordert deshalb von Kirche und Staat mehr Einsatz für religiöse Minderheiten.

Quelle: jesus.de

Uganda: Mit dem Tod bedroht

Mehrfach vertrieben

Mit dem Tod bedroht

Eine sudanesisch-christliche Familie in Uganda lebt in Angst, nachdem muslimische Extremisten aus dem Sudan und Somalia gedroht haben, sie zu töten.

Safaa Abdalla Yousif, die 2016 aufgrund von Konflikten und religiöser Verfolgung aus ihrem Heimatland Sudan nach Uganda geflohen war, erhielt am 19. November eine SMS von einer unbekannten Nummer, in der mit dem Tod ihrer Familie gedroht wurde, wie sie am Telefon aus Kampala berichtete.

„Du bist eine Ungläubige, weil du den Islam verlassen hast, dein Blut wird vergossen werden“, lautete der Text auf Arabisch, sagte sie.

Yousif hat oft mit Muslimen in dem Land über ihren Glauben gesprochen. Ein Muslim hatte sie zuvor angerufen und wurde während ihres Gesprächs über den Koran wütend und sagte auf sudanesischem Arabisch, er wünschte, er hätte ihr Fahrzeug zuvor im Sudan verbrannt, „damit wir dich loswerden und etwas Ruhe haben“, sagte sie.

Auch Muslime aus Somalia haben sie bedroht. Yousif sagte, sie habe einmal Jüngerschaftskurse für Neuebekehrte gegeben, und ein somalischer Ex-Muslim, der seinen Glauben an Christus bekannt hatte, sei entführt und gefoltert worden.

„Er wurde zurückgeschickt, um uns zu warnen, die Kirche zu schließen und die Jüngerschaftskurse einzustellen“, sagte sie. „Er sagte: Wenn ihr das Missionswerk nicht einstellt und die Kirche nicht schließt, werden sie euch töten, weil sie euch jetzt sehr gut kennen.“

Yousif sagte, sie habe seit 2020 fünf Mal Morddrohungen erhalten. Vor der Drohung der letzten Woche hätten muslimische Extremisten sie bereits vor einem Monat bedroht.

Die Mutter eines 16-jährigen Jungen und eines 13-jährigen Mädchens sagte, das Leben ihrer Familie sei in großer Gefahr, da sie befürchteten, dass die muslimischen Extremisten ihre Bewegungen überwachten. Ende letzter Woche versuchten Unbekannte, das Fenster des Zimmers zu öffnen, in dem ihre Tochter schlief, was das Mädchen in Panik versetzte.

„Seit diesem Tag schlafe ich nachts nicht mehr gut“, sagte Yousif. „Das Mädchen hat Angst, und das macht mich traurig. Diese Aktion war ein Zeichen dafür, dass wir von radikalen Muslimen, die uns entführen oder töten wollen, ernsthaft überwacht werden.“

Die Familie habe keine andere Wahl, als die Gegend zu verlassen und sich einen sichereren Ort zu suchen, sagte sie. Sie waren aufgrund früherer Drohungen in ihre derzeitige Gegend gezogen.

Ihr Mann wurde im Oktober 2019 ebenfalls von vier mutmaßlichen somalischen Angreifern angegriffen, die ihn mit einem stumpfen Gegenstand schlugen und ihm in den Kopf stachen, wie aus einem Polizeibericht aus Kampala hervorgeht. Yousif meldete der Polizei im Jahr 2021 ebenfalls eine Drohung, ihr Schaden zuzufügen.

Sie sagte, sie habe gefastet und gebetet, dass Gott „uns Frieden schenken möge, denn das ist zu viel für uns“.

„Meine Situation ist gefährlich, aber ich stelle einfach den Herrn vor mich hin“, sagte Yousif. „Ich sollte etwas tun, aber ich weiß nicht was. Wenn es Menschen oder eine Organisation gibt, die psychologische und soziale Unterstützung leisten möchten, wären wir dankbar, wenn sie eingreifen und meine Familie aus dieser sich verschlimmernden Situation retten würden.“

Laut Joshua Project sind 93 Prozent der Bevölkerung im Sudan Muslime, 4,3 Prozent gehören ethnischen traditionellen Religionen an, während Christen 2,3 Prozent ausmachen.

In Somalia ist die Todesstrafe für Apostasie gemäß den gängigen Schulen der islamischen Rechtswissenschaft Teil des islamischen Rechts. Eine islamistische Extremistengruppe in Somalia, Al Shabaab, ist mit Al-Qaida verbündet und hält sich an diese Lehre.

Somalia steht auf Platz 2 der Weltverfolgungsliste 2025 der christlichen Hilfsorganisation Open Doors, die die 50 Länder auflistet, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein. Laut dem US-Außenministerium legt die Verfassung den Islam als Staatsreligion fest und verbietet die Verbreitung anderer Religionen. Außerdem schreibt sie vor, dass Gesetze den Grundsätzen der Scharia (islamisches Recht) entsprechen müssen, ohne Ausnahmen für Nicht-Muslime.

Die Drohungen gegen Yousifs Familie in Uganda waren die jüngsten von vielen Fällen von Christenverfolgung in Uganda, die Morning Star News dokumentiert hat.

Die Verfassung Ugandas und andere Gesetze garantieren Religionsfreiheit, einschließlich des Rechts, seinen Glauben zu verbreiten und von einem Glauben zu einem anderen zu konvertieren. Muslime machen nicht mehr als 12 Prozent der Bevölkerung Ugandas aus und sind vor allem im Osten des Landes stark vertreten.

<https://morningstarnews.org/2025/11/sudanese-christian-family-threatened-with-death-in-uganda/>

Mehrfach vertrieben

Das Leben schien sich für einen Flüchtling aus dem Sudan, der nach Äthiopien und in den Südsudan geflohen war, zum Christentum konvertiert war und dann eine Anstellung im Unternehmen **seines Onkels in Uganda** gefunden hatte, zum Besseren zu wenden.

Nachdem er aus dem vom Krieg zerrütteten Khartum geflohen war, hatte Essam Juma Abdelkreem 2024 zunächst zweimal den Sonntagsgottesdienst in einem Flüchtlingslager in Äthiopien besucht. Abdelkreem wanderte in diesem Jahr in den Südsudan aus und bekehrte sich im Januar zum Christentum. Er nahm sechs Monate lang an einer Jüngerschaftsschulung teil und wurde am 18. Juni getauft, berichtete ein Evangelist.

Er zog in das Flüchtlingslager Bweyale im Norden Ugandas und nahm Kontakt zu einem muslimischen Onkel auf, der ihn bat, ihm bei der Leitung seines Geschäfts in Kampala zu helfen.

„Das Geschäft lief sehr gut, und ich konnte meinen Lebensunterhalt verdienen“, erzählte Abdelkreem Morning Star News.

Der 27-jährige ehemalige Student an der Sudan University of Science and Technology wusste nicht, dass die Frau seines Onkels seine Bewegungen überwachte. Zuerst bemerkte sie, dass er aufgehört hatte, die fünf täglichen Gebete des Islam zu rezitieren; dann stellte sie fest, dass er nicht mehr den Koran las oder die Gebete in der Moschee besuchte.

Abdelkreem sagte, sie habe heimlich seine Tasche durchsucht und eine Bibel sowie Kopien von Jüngerschaftszertifikaten gefunden.

„Sie meldete dies sofort meinem Onkel. Als er davon hörte, war mein Onkel emotional sehr aufgebracht und befahl mir, seinen Laden und sein Haus sofort zu verlassen“, und jagte ihn am 25. Oktober fort, erzählte Abdelkreem Morning Star News.

Seitdem sei er in den Südsudan zurückgekehrt und wohne bei Christen, sagte er.

„Das Leben wird immer schwieriger, und ich möchte nicht von meinen Freunden abhängig sein“, sagte er.

<https://morningstarnews.org/2025/11/christian-convert-from-sudan-expelled-from-home-in-uganda/>

Westafrika: Gläubige an Jihadisten verraten

(ReachAcross) Seit vielen Jahren sind Mitarbeitende von ReachAcross in Westafrika tätig. Seit einigen Jahren nun schon kommen Muslime aus der Volksgruppe der Soninke zum Glauben an Jesus. Eine kleine Gruppe von Gläubigen, die von einem Schweizer Ehepaar begleitet wurde und immer noch wird, war der Ausgangspunkt für eine Jesus-Bewegung. Von dieser Gruppe aus ging das Evangelium in weiten Kreisen zu immer mehr Menschen. Viele (die Zahl lässt sich nicht festmachen) wurden zu Jesusnachfolgern und geben mutig den Glauben weiter. So gibt es auch in abgelegenen Dörfern gläubige Familien, die nicht mehr in die Moschee gehen. Das weckt Widerstand und Verfolgung. Dennoch halten die Gläubigen treu an Jesus fest und bekennen offen, dass sie die Wahrheit gefunden haben. Im letzten Jahr wurde ein Leiter einer Gruppe von Gläubigen in einem Dorf ermordet. Vor einigen Wochen nun wurden Gläubige in einem Dorf von Muslimen an Jihadisten verraten. Diese wollten sie mit Waffengewalt zwingen zum Islam zurückzukehren. Als sie sich weigerten Jesus zu verleugnen, wurden vor aller Augen zu gläubige junge Männer erschossen. Die 17 Familien mussten aus ihrem Dorf fliehen und kamen in einem weit entfernten Ort unter. Hier werden sie sich nun eine neue Existenz aufbauen müssen.

Beten wir:

- dass die Gläubigen in Jesus Trost und Zuversicht finden.
- für die Eltern und Angehörigen der getöteten jungen Männer.
- dass trotz Widerstand und Verfolgung die Gute Nachricht hell leuchten kann.

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]